

Bildung als Zukunftschance

Plädoyer für eine neue politische Agenda in Europa

■ JAN SOKOL



Jan Sokol, Professor für Philosophie, Dekan der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität Prag. Übersetzung europäischer Philosophie und Theologie ins Tschechische. Unterzeichner der Charta 77. Vize-Parlamentspräsident, Bildungsminister, Präsidentschaftskandidat.

Der Prager Philosoph Jan Sokol war zum EU-Treffen in Salzburg eingeladen. Seine Stellungnahme zum „Sound of Europe“ hat eine weit über den Anlass hinaus reichende Bedeutung. Die „Furche“ Nr. 6/2006 brachte eine Kurzfassung des Textes, den Quart nun in voller Länge präsentiert.

1. Die Bedeutung der politischen Wende 1989 für Europa und für die EU wird immer noch unterschätzt. Neben der Abschaffung des „eisernen Vorhangs“, der Vereinigung Deutschlands, der Befreiung vieler Völker usw. hat die Wende auch die Bedingungen für die EU selbst tief greifend verändert. Dadurch, dass die EU den gemeinsamen äußeren Feind verloren hat, sind nicht nur bestimmte Ängste verschwunden, sondern auch ein mächtiger Antrieb und langjähriger Motor der Integration. Nichts kann Menschen wirksamer zusammen zu bringen als die Furcht vor einer gemeinsamen Bedrohung.
2. Diese tief greifende Veränderung haben die östlichen Länder mehr gespürt und hoffentlich nicht so schnell vergessen wie die westlichen. Sie ist aber einer der wichtigsten Gründe der jetzigen Verlegenheit um die EU und ihre künftigen Aufgaben. Bei einigen Politikern hat man sogar den Eindruck, dass sie sich fast instinktiv nach einem neuen Feind umschauchen - übrigens eine gefährliche Versuchung.
3. Erst jetzt fängt man an einzusehen, dass Politik – und zwar der Mitgliedstaaten ebenso wie der EU – sich ganz neue Themen suchen muss, um diesen Verlust der ersten traditionellen Aufgabe des Staates, der äußeren Verteidigung, zu ersetzen. Anders gesagt: Was soll zu den tragenden Inhalten der Politik für Zeiten des Friedens (auch wenn nicht unbedingt der Sicherheit) werden?
4. Als solches Leitthema der Politik ohne einen äußeren Feind bietet sich – neben der inneren Sicherheit, der Wirtschaft und der Solidarität – das Thema Bildung und Erziehung von selbst an. Bildung darf freilich nicht bloß als eine „Privatinvestition in die eigene Zukunft“ betrachtet werden, sondern als ein wesentlicher Teil der (erweiterten) Reproduktion der Gesellschaft. So verstanden ist sie eine eminente Aufgabe des Staates, der für die Zukunft der Gesellschaft sorgen muss.
5. Bildung und Erziehung sind auch nicht bloß dazu da, der Wirtschaft Arbeitskräfte zu liefern, sondern vor allem, um verantwortliche Bürger vorzubereiten, denen früher oder später alle unsere Institutionen – lokale, nationale sowie europäische – anvertraut werden können.
6. Das Thema Bildung hat sich als tragfähiges Politikum bereits bemerkenswert gut bewährt. Es genügt z.B. die andauernde PISA-Debatte in Deutschland und Österreich, die wachsende Aufmerksamkeit der Medien usw. zu erwähnen. Übrigens haben auch auf der Salzburger Konferenz mehrere Künstler die enge Beziehung zwischen Kultur und Erziehung nachdrücklich betont und vor einer zu schmal gefassten Ausbildung gewarnt.
7. Nun kann man freilich einwenden, Bildung und Erziehung gehören nicht zu den Kompetenzen der EU, sondern sind ausschließlich in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten. Dem muss man also insofern Rechnung tragen, dass die EU sich nicht in die nationalen Bildungspläne und Institutionen einmischt, sondern diese um eine „europäische Komponente“ zu bereichern bzw. zu vervollständigen versucht. Dies hat sie übrigens z.B. in Programmen wie Leonardo oder Erasmus schon mit großem Erfolg getan, ohne auf irgendwelche Kritik in dieser Hinsicht zu stoßen. Gegen

eine Förderung des Sprachunterrichts wird sich auch keiner wehren.

8. Um diesem Bedarf an der Erziehung künftiger EU-Bürger zu entsprechen, braucht man auch nicht übermäßig über die „europäische Identität“ nachzugrübeln. Das, wozu es geht, kann man sowieso nicht durch Selbstbetrachtung – wie etwa im Spiegel – entdecken: Es geht um das Engagement, um die Fähigkeit, Lust und Bereitschaft, die Verantwortung für Europa, für seine Kulturen und seine Institutionen zu übernehmen. Etwas sehr Ähnliches geschieht übrigens in der internationalen Wirtschaft, in den Wissenschaften und in der Technik.
9. Um aber groben Missverständnissen vorzubeugen, muss man sich hier die Andersartigkeit des politischen und kulturellen Projekts Europa, seine *differentia specifica* klar vor Augen stellen – am besten vielleicht durch einen Vergleich mit den USA.
10. Das ganze Projekt USA zielt auf eine kulturell homogene Gesellschaft mit einer einzigen Umgangssprache, wozu das bekannte „melting-pot“-Konzept dient. *E pluribus unum*. Nun wissen wir aus der Geschichte, dass ähnliche Versuche in Europa – wie derjenige Napoleons oder noch viel schlimmer Hitlers – zu Katastrophen geführt haben. Deshalb wissen wir eindeutig, dass wir ein anderes Ziel auf anderen Wegen anstreben müssen, nämlich die viel zitierte „Einheit in Verschiedenheit“.
11. Diese Verschiedenheit darf aber nicht verharmlost werden als bloße Vielfalt etwa von lokalen Küchen oder Folklore, die keinen wirklich stören können. Denn sie liegt in einer unvergleichlich folgenschwereren „Verschiedenheit“, nämlich in der Sprachenvielfalt. Etwas zugespitzt könnte man sagen, wir wollen eine Demokratie aufbauen, in der sich der Bürger mit den meisten seiner Mitbürger überhaupt nicht (sprachlich) verständigen kann.
12. Wenn man mit Niklas Luhmann die Gesellschaft als „das umfassendste System aller Kommunikationen“ versteht, in dessen Umgebung „Ereignisse anderer Art“ – einschließlich der Gewalttaten – zu erwarten sind, merkt man erst, was für eine Aufgabe vor uns steht. Auch das so genannte „demokratische Defizit“, der Mangel an ge-

fühlter Legitimität der EU-Organe, beruht zum großen Teil darauf, dass jede politische Debatte und jede Kampagne jeweils in Sprache – und d. h. in einer bestimmten Sprache – geführt werden müssen.¹

13. Die Verschiedenheit der Sprachen setzt der politischen Integration Europas feste Grenzen, die wir übrigens z.B. dadurch stillschweigend anerkennen, dass wir die Europa-Wahlen nach Ländern organisieren. Infolge dessen kommt auch der berüchtigte „Superstaat“ in Europa gar nicht in Frage. Die Sprachverschiedenheit bringt also offensichtliche Nachteile mit sich: So werden z.B. die Transaktionskosten in Europa wahrscheinlich immer höher und die gefühlsmäßige Identifizierung der Bürger etwas kühler bleiben, dagegen wird sich die politische Macht kaum in dem Grade konzentrieren lassen wie in den USA.
14. Zugleich bietet aber dieselbe Verschiedenheit auch bestimmte – wenn auch weniger greifbare – Vorteile oder wenigstens Chancen. So fragt man sich heute, ob jene ungeheure Machtkonzentration des modernen Staates überhaupt einem Einzelnen anvertraut werden kann und darf. Die so sehr befürchtete Durchlässigkeit der Grenzen innerhalb der EU hat auch nach der Erweiterung keine nennbare Migration hervorgerufen – was zum großen Teil den sprachlichen Barrieren zu verdanken ist.
15. Die Anziehungskraft bunter europäischer Vielfalt nicht nur für Touristen, sondern auch für Studenten soll keineswegs unterschätzt werden. Die Jugend der reichen Gesellschaften leidet immer mehr an Leere und Langeweile, die die meisten nur durch Verbrauch mehr oder weniger gefährlicher

■ **Der europäische Bürger kann sich mit den meisten seiner Mitbürger gar nicht verständigen.**

¹ Ausführlicher vgl. mein Artikel Europa spricht. Sprachenvielfalt und Politik. In: *Ost-europa* 5–6/2004, Berlin, S. 276–283, und die dort erwähnte Literatur.

Ein europäisches Fernziel: Trilinguismus



Zeit-Killer bewältigen können. Dadurch entstehen riesige Schäden an Menschen und an ihrer Gesundheit (Drogen). Dem sollte man durch bessere Bildung entgegenwirken.

16. Eine vernünftige Europa-Politik sollte also versuchen
 - die gefährlichen Spannungen an den Sprachgrenzen zu minimalisieren;
 - aus der Tatsache der Sprachenvielfalt das Beste zu machen: Damit ist keineswegs bloß ein „Minderheitenschutz“ gemeint; erst durch Begegnungen und Austausch kann da etwas wertvolles entstehen;
 - die (vermuteten) Chancen weiter zu entwickeln und zur Geltung zu bringen.

Dabei muss man sich immer gegenwärtig halten, dass Verschiedenheiten nur dann von Wert und Nutzen sind, wenn sie einander begegnen und beeinflussen. Soweit sie bloß nebeneinander bestehen und sich gegenseitig ignorieren, sind sie nur ein Hindernis.
17. Im Bereich der künftigen EU-Bildungspolitik sollte man also konkret unterstützen und fördern z.B.:
 - den Fremdsprachenunterricht mit dem Ziel eines allgemeinen Bi- bzw. Trilinguismus;
 - grenzübergreifende Studienprogramme, besonders an den Sprachgrenzen;
 - den Austausch von Jugendlichen (Studenten, Lehrlingen usw.) in allen denkbaren Formen;
 - Übersetzungen von Lehrbüchern, besonders in den Naturwissenschaften;
 - Übersetzungen von Fachbüchern, besonders aus den kleineren Sprachen;
 - Integrationsmaßnahmen für jugendliche Immigranten und sozial Vernachlässigte überhaupt – deren wesentlicher Teil wieder Sprachausbildung ist.
 - eine Bildung nicht nur für den Arbeitsmarkt, sondern auch für (gewollte oder ungewollte) Freizeit, damit die Jungen nicht verzweifeln, sondern mit sich selbst etwas anzufangen wissen. Hier sind Kunst und Kultur am meisten gefragt.
18. Als Beispiele für weiter reichende Projekte seien ein europäischer Fernsehkanal mit Schwerpunkt Bildung und Sprachen oder eine europäische Enzyklopädie genannt.